

Europas Last

Walter Kammermann

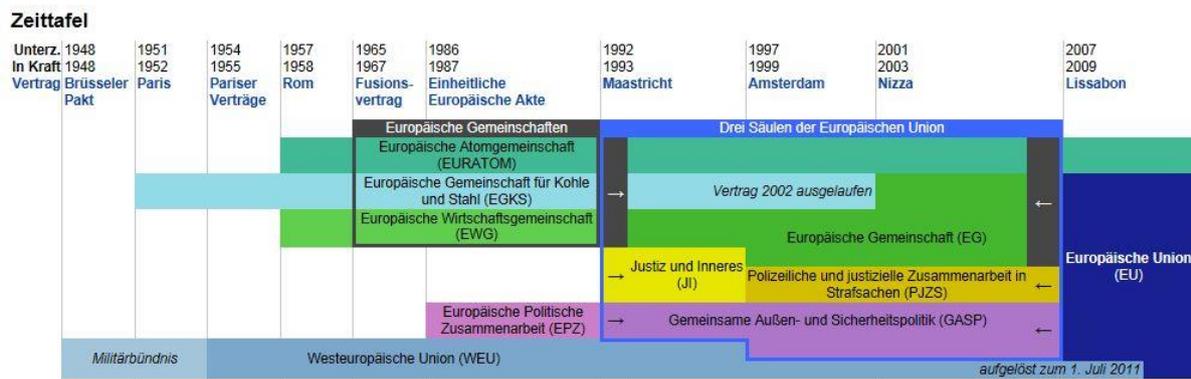
Europa steht für vieles: Kontinent, Staatenbund, Machtpol oder Lebensgefühl. Was macht Europa aus? Wie steht es um Europa? Was hat Europa für eine Zukunft?

Das kompakt zu beschreiben ist nicht einfach und wenn ich als Europakritiker dies tue, werde ich möglicherweise nicht allem gerecht. Zugegeben, Europa als Projekt hat seine guten Seiten. Auch diese sind erwähnenswert und sollen in meinem Schriftstück Platz haben.

Das Projekt Europa

Die Wiege der Europäischen Union liegt in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts. Die zwischen 1950 und 1960 gegründeten Verbände „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ und „Euratom“ gelten als Basis der EU. Die damaligen Gemeinschaften bestanden aus den Ländern Belgien, Luxemburg, der Niederlande, Deutschland, Frankreich und Italien.

Hauptziel war es, neue kriegerische Auseinandersetzungen zu verhindern, in dem man die Staaten in Europa wirtschaftlich aneinander kettet. Gleichzeitig sollte dadurch ein Wirtschaftswachstum generiert werden. Noch heute wird deshalb die EU als eigentliches „Friedensprojekt“ bezeichnet.



Quelle: Wikipedia

Bis jetzt ist die EU auf 28 Mitgliedsstaaten angewachsen, hat sich mit dem Maastrichter Vertrag politisch vereinigt und ist eine Wirtschafts- und Währungsunion. Viele Mitglieder haben deshalb auch den EURO als Einheitswährung.

In der Tat hat es seit dem Zusammenrücken in Europa keine militärischen Auseinandersetzungen mehr gegeben. Die verhältnismässig kleinen Brandherde, wie der Konflikt in Nordirland oder die separatistischen Tendenzen im Baskenland, haben sich in den letzten Jahren etwas beruhigt.

Verwaltung der Europäischen Union

Die Verwaltungszentralen der Union sind in Brüssel und in Luxemburg. Dort sitzen das Europäische Parlament, der Europäische Rat, der Rat der Union, die Kommission, der Gerichtshof und der Rechnungshof. Einzig die Europäische Zentralbank ist in Frankfurt am Main angesiedelt. Alleine die Kommission beschäftigt etwa 33000 Personen, im Generalsekretariat und in Politischen Gruppen des Parlaments sind es rund 7600 Beschäftigte. Insgesamt gehen 6% des Jahreshaushalts der EU an Personal, Verwaltung und Instandhaltung der Infrastruktur.

Die EU als Wirtschaftsmacht

In der ganzen Union herrschen Freihandel und freier Personenverkehr. Davon verspricht sich der Staatenbund Wirtschaftswachstum und Wohlstand bei gleichzeitiger Wahlfreiheit jedes EU Bürgers, wo er seinen Lebensmittelpunkt haben möchte. Innerhalb der Leader-Länder der Union (Deutschland, Frankreich, Benelux und Grossbritannien) funktioniert das auch ganz gut. Der Austausch von Arbeitskräften und der freie Warenverkehr haben lange das Wachstum beflügelt. Schwieriger ist die Situation geworden, seit die Gemeinschaft Mitglieder aufgenommen hat, welche mit riesigen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben.

Noch relativ harmlos waren die Unannehmlichkeiten, welche Spanien, Portugal und Italien verursacht haben. Diese liessen sich lange Zeit mit EU-subventionierten Projekten (z.B. Infrastrukturbau) und billigem Geld kaschieren. Etwas gravierender schlug der Pleitegeier dann schon in Griechenland zu, wo mit der Eurokrise eine veritable Europa-Krise lanciert wurde. Milliarden-Rettungsschirme können die Probleme nicht mehr lösen.

Wer Prognosen wagen müsste, wie das künftig aussieht, wenn sich die EU auch noch um die Wirtschaft all der neu zugezogenen Ostblockstaaten kümmern muss, wird sich die Zähne ausbeissen. Es ist allerdings zu erwarten, dass dies die EU kaum alleine tragen kann, weil die Verpflichtungen der Geberländer schon heute alle Vorstellungen sprengen. Als Beispiel für die enormen Lasten kann man durchaus Kosten der Deutschen Einheit zu Rate ziehen. Die Befreiung der DDR aus der Knechtschaft des Ostblocks hat zwischen 1991 und 2009 ca. 7000 Milliarden Euro (genaue Zahlen sind leider nicht erhältlich) gekostet. Dabei reden wir von einem Wirtschaftstraum mit gerade mal 30 Mio. Einwohnern (Fläche 108'000 km²), der integriert werden musste und auch heute teilweise noch erhebliche Strukturdefizite aufweist. Jetzt stellen wir uns mal die Kosten der Osterweiterung vor: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Das ist ein Wirtschaftsraum von rund 100 Mio. Einwohnern. Versucht man eine Hochrechnung der Kosten anhand des Beispiels der Deutschen Einheit zu machen, so werden in den nächsten 20 Jahren über 26'000 Milliarden Euro bereit stehen müssen. Das entspricht mehr als dem doppelten Bruttoinlandprodukt der gesamten EU im Jahr 2012.

Aufbau Ost vs BIP EU 2012



Grafik: Walter Kammermann (Quelle BIP: Statistica.com)

Ob das allerdings reicht, dürfte zu bezweifeln sein. In gewissen Staaten herrschen dermassen desolate Zustände, dass der Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft und Infrastruktur definitiv eine Herausforderung darstellt. Zudem sind die Oststaaten zusammengerechnet etwa 10 mal grösser

(1058'000 km²) als die ehemalige DDR. Der Neuaufbau beispielsweise der Verkehrsinfrastruktur oder der Landwirtschaft wird also ungleich mehr kosten.

Es sind aber nicht nur die EU-Neulinge und Südländer, welche kriseln. Auch Frankreich oder Grossbritannien haben wirtschaftliche Probleme. Unternehmen werden an Chinesen verkauft und die Arbeitslosigkeit steigt.

Man kann sagen, dass die EU (mit Ausnahme Deutschlands und der Beneluxstaaten) wirtschaftlich versagt hat. Sollte sich nicht schnell etwas ändern, werden die Geberländer unter der Last der „Nehmer“ zusammenbrechen und die verbliebene Wirtschaftskraft wird sich in Luft auflösen. Wirtschaftlich gesehen stehen Europa stürmische Zeiten bevor.

Die Währungsunion

Grundpfeiler der Währungsunion ist der Euro als Einheitswährung. Dieser wurde seit 1999 resp. 2002 in 18 der 28 EU Staaten eingeführt. Die restlichen Staaten wollten ihn nicht oder erfüllen die Kriterien nicht, welche eine Einführung bedingen. Unter den Nicht-Euro-Staaten befinden sich auch Schwergewichte wie Grossbritannien und Schweden.

Als wichtigste Institution der Währungsunion dient das Europäische System der Zentralbanken. Dieses setzt sich zusammen aus der Europäischen Zentralbank und den nationalen Zentralbanken. Wichtigste Anliegen des EZSB sind stabile Preise, eine kleine Arbeitslosigkeit und niedrige Zinsen. Der Euro hat sich zum wohl wichtigsten Zahlungsmittel in Europa gemausert. Allerdings kämpft die Währung zunehmend mit Problemen. Bei der sogenannten „Eurokrise“ musste man sehen, dass die euphorische europäische Währungs- und Geldpolitik sich selber an die Wand gefahren hatte. Nicht einmal die wichtigsten Nationen der Währungsunion erfüllten mehr die Euro-Kriterien (z.B. „Der staatliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts betragen“ oder „das jährliche Haushaltsdefizit darf nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen“). Die südlichen Euro-Länder kollabierten unter der Schuldenlast des billigen Geldes. Es mussten milliardenschwere Rettungsschirme konstruiert werden und deren Erfolg ist bis heute kaum erkennbar (Ausnahme: Irland). Die Europäische Geld- und Schuldenpolitik hat wegen der Wachstumsphantasien Schiffbruch erlitten. Ob die Einheitswährung zu retten ist, kann man nicht voraussagen. Während Länder wie Deutschland oder Frankreich das Fallen des Euro mit dem Scheitern der EU vergleichen und bedingungslos am System festhalten, hört man immer mehr Stimmen aus Ländern, welche sich offen zu einem Austritt aus der Währungsunion bekennen. Es ist nicht auszuschliessen, dass in einigen Jahren nur noch eine Kern-Euro-Zone existiert, einige Euro-Länder aber wieder eigene Zahlungsmittel haben.

Migrationspolitik

Der freie Personenverkehr in Europa gilt als eine der grössten Errungenschaften der EU. Dass das Staatengebilde, welches sich politisch und wirtschaftlich vereinigt hat, mit dem Gedanken spielt den Arbeitsmarkt zu öffnen und ein gesellschaftliches Angleichen sucht, ist nachvollziehbar. Das hehre Ziel eines einigen Europas, wo alle die gleichen Chancen haben, ist zu respektieren. Diese Grundfreiheit gilt als sakrosankt.

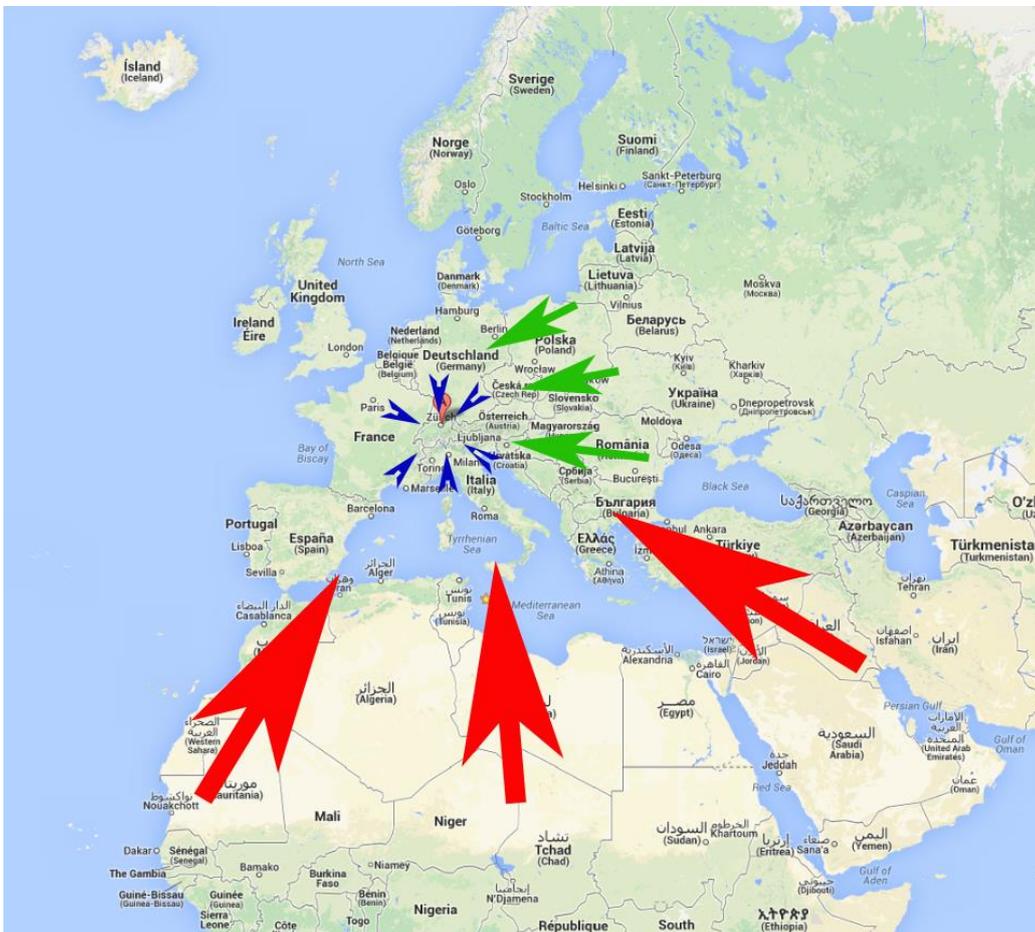
Zunehmend gerät aber die Personenfreizügigkeit in die Kritik. Die Migrationsströme halten sich nicht an Angebot und Nachfrage. Man migriert von Armut nach Wohlstand und von Arbeitslosigkeit nach sozialer Sicherheit. Die Stimmung in den wohlhabenderen EU Staaten kippt zunehmend ins kritische und nach der Schweizer Personenfreizügigkeitsabstimmung wird immer offener nach einer Regelung der Migration gefragt.

Noch dramatischer sieht es inzwischen in der Asylpolitik aus. Europa hat seine Aussengrenze nicht im Griff und die Asylströme im Süden Europas reissen nicht ab.



Quelle: www.zeit.de

Die Wohlhabenden Länder mit guten Sozialsystemen werden überrannt. Leider hat sich gezeigt, dass die Schengen-Dublin Abkommen kaum Wirkung zeigen und Asylsuchende nicht mehr in die Eintrittsländer oder gar in ihre Herkunftsländer zurückgeschafft werden können. Man rechtfertigt die Bleibegewohnheit mit humanitärer Tradition, löst aber die Probleme nicht, welche die offenen Grenzen mit sich bringen. Besonders klar zeigen die Entscheide des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, wie naiv die Thematik behandelt wird. Selbst Migranten, welche sich gesetzeswidrig verhalten, können in den Ländern bleiben und, noch schlimmer, der EMGR schiebt sogar Drittstaaten wie der Schweiz vor, was sie zu tun haben.



Migrationsströme in Europa

Grafik: Walter Kammermann

Die EU hat in der Migrationspolitik versagt und das Grundrecht des freien Personenverkehrs leistet den Problemen noch Vorschub. Schlimm ist, dass die Politelite in Europa dies schlicht ignoriert. Entsprechend zeichnen sich keine Massnahmen zur Bekämpfung von „ungesunder“ Migration ab.

Europas Last

Das Projekt Europa ist vom Prinzip her nachvollziehbar und aus friedenspolitischer Hinsicht auch ehrenwert. Die EU kämpft aber mit diversen Problemen. Es ist normal, dass in so grossen Gebilden auch die Herausforderungen grösser werden. Europas Versagen in wirtschafts-, finanz- und migrationspolitischer Sicht ist jedoch frappant! Das ist aber nur ein Teil von Europas Last. Viel schlimmer ist die Ignoranz der politischen und wirtschaftlichen Führungselite. Viele Dinge (z.B. die Währungsunion oder der freie Personenverkehr) werden als sakrosankt betrachtet und gelten deshalb als unantastbar. Die Sorgen der Bürger hingegen werden konsequent im Namen des hehren Zieles EUROPA verdrängt und schöngeredet. Bezahlen müssen sie aber.

Sollte Europa scheitern, so liegt das nicht an der an sich schönen Idee des Zusammenrückens auf dem Kontinent, sondern am fehlenden Rückhalt des Projekts in der Bevölkerung. Wenn diese sich übergangen und ausgesaugt vorkommt, stehen die Chancen der Führungselite schlecht, die Europäische Union noch zu retten.

Mittendrin liegt die Schweiz. Allen Unkenrufen zum Trotz, hat sich die Schweizerische Europaverweigerung nicht negativ ausgewirkt. Der kleine und sehr flexible Wirtschaftsraum hat es erfolgreich geschafft, sich im internationalen Umfeld zu behaupten. Dank gut ausgebildeten und fleissigen Arbeitnehmern, sowie Gütern von hervorragender Qualität, lässt sich eine sehr gute Wertschöpfung erreichen. Von Vorteil ist, dass die Schwierigkeiten, mit welchen die EU kämpft, die Schweiz kaum belasten. Einzig die einseitige Migration in unseren Arbeitsmarkt und in die Sozialwerke gibt zu denken.

Das Unabhängig bleiben ist für die Schweiz DIE Chance auf eine erfolgreiche Zukunft. Je intensiver die Verknüpfungen mit der EU sind, desto eher werden wir mit deren Sorgen mitleiden. Es spricht absolut nichts für eine weitere Annäherung an die Europäische Union, schon gar nicht für einen Beitritt.

Das Erfolgsmodell Schweiz funktioniert und das ist gut so.

Februar 2014